

Herr Raubach rief zunächst die noch offenen Positionen aus der vorangegangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.02.2011 auf.

31	08-01-02	BgA Bäder	Sanierung Sprungturm Freibad	-80.000	Sanierung verschieben bis Umbau Freibad geklärt	SPD
----	----------	-----------	------------------------------	---------	---	-----

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr Schell, seine Fraktion werde sich gegen den Antrag aussprechen. Die Sanierung müsse durchgeführt werden. Dem schloss sich Frau Jung für die FDP-Fraktion an. Es handle sich um ein Familienbad und das Freibad sei gut frequentiert.

Herr Metz sprach sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Antrag aus. Vor dem Hintergrund der finanziellen Lage und der Nutzerstruktur könne in Kauf genommen werden, den Sprungturm zu schließen.

Herr Knülle erläuterte, der Antrag seiner Fraktion habe im Zusammenhang mit dem im Haupt- und Finanzausschuss abgelehnten Antrag zum Kombibad gestanden. Dennoch werde er aufrecht erhalten. Er hielt es für nicht sinnvoll, mit der Sanierung Fakten zu schaffen.

Anschließend entwickelte sich eine kontroverse Diskussion von Vertretern aller Fraktionen zum Erfordernis des Sprungturmes vor dem Hintergrund abzulegender Schwimmbadzeichen, des Schwimmsports allgemein, der Attraktivität sowie der Nutzung des Freibades und der finanziellen Lage der Stadt.

Dabei wurde auch der Vorschlag erörtert, die Thematik im Fachausschuss oder in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu beraten und dann zu entscheiden. Für diesen Fall wurde seitens des Bürgermeisters darauf hingewiesen, dass eine Schließung des Sprungturmes zu Beginn der Freibadsaison unumgänglich sei, da der zeitliche Vorlauf für die Sanierungsarbeiten nicht ausreiche. Herr Raubach erläuterte hierzu, dass es sich um eine unaufschiebbare Maßnahme handle, die vor dem Vorliegen der Haushaltsgenehmigung in Angriff genommen werden könne.

Nach einer seitens der CDU-Fraktion beantragten Sitzungsunterbrechung von 12 Minuten wies Herr Stroß darauf hin, dass die Sanierung aus sicherheitstechnischen erforderlich sei, ansonsten müsse der Turm geschlossen werden. Wegen des erforderlichen zeitlichen Vorlaufs bestätigte er die zuvor getroffene Aussage des Bürgermeisters. Die Bedeutung des Sprungturmes wurde von Herrn Stroß als besonderes Attraktionsmerkmal herausgestellt.

Nach kurzer weiterer Diskussion ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 21

Neinstimmen 28 – damit ist der Antrag abgelehnt

32	09-01-01 (15-01-01)	Städtebauliche Planung und Entwicklung (Wirtschaftsförderung)	Stadtmarketingkonzept	-30.000	Umsetzung durch WFG	SPD
----	------------------------	---	-----------------------	---------	---------------------	-----

Der Antrag wurde zurückgezogen.

33	09-03-01	Verkehrsplanung	Planungskosten Hauptstraße NPL	-25.000	Keine externe Vergabe, eigenes Personal nutzen	SPD
----	----------	-----------------	-----------------------------------	---------	--	-----

Für die CDU-Fraktion sprach sich Herr Schell vor dem Hintergrund der bekannten personellen Auslastung gegen den Antrag aus.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 15

Neinstimmen 27

Enthaltungen 7 – damit ist der Antrag abgelehnt

Anschließend erfolgte die Beratung über die seitens der SPD-Fraktion gestellten, separaten Anträge zum Haushalt (Tagesordnungspunkte 11.1.3 ff.). Die Protokollierung hierzu erfolgte unter den entsprechenden Tagesordnungspunkten.

Herr Raubach stellte hiernach die Anregungen der Bürger zur Diskussion. Die nachfolgend linke Spalte beinhaltet die Anregungen, die rechte Spalte die Antwort der Verwaltung.

<p>Sehr geehrte Damen und Herren, die Art und Weise der Bürgerbeteiligung am Aufstellungsverfahren zum Haushalt finde ich vorbildlich. Frage meinerseits: Sind im Bereich der Investitionen vorab in allen Fällen gemäß § 14 der Gemeindehaushaltsverordnung Wirtschaftlichkeitsvergleiche über den Nutzungszeitraum/Betriebszeitraum angestellt worden?</p>	<p>Vielen Dank für Ihr Interesse am Haushalt der Stadt Sankt Augustin. Ihre Frage zu den Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei Investitionen kann ich wie folgt beantworten: Alle Fachbereiche sind verpflichtet, derartige Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchzuführen und werden vor der Haushaltsplanaufstellung jedes Jahr erneut ausdrücklich darauf hingewiesen. Vielfach wird die Kämmerei in solche Berechnungen einbezogen, das gilt insbesondere bei der Frage, ob Kauf oder Leasing günstiger ist. Die Frage der wirtschaftlichsten Alternative kann aber nicht in jedem Fall vor Veranschlagung abschließend geprüft werden. Sie wird aber auf jeden Fall auch unter Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes vor der Beschlussfassungen über die endgültige Vergabe geprüft.</p>
--	---

<p>Hallo, die Förderung der Organisation Pro Familia ist meines Erachtens nach durchaus legitim, aber ein Zuschuss von 10.000 € ist für eine Organisation, von der man nichts hört und sieht subjektiv arg übertrieben. Der Veranstaltungskalender zeigt zudem in unserer Region keine Veranstaltung in den nächsten 12 Monaten auf. Daher meine Frage - Wo bleibt das Geld? In Sankt Augustin? Sämtliche andere Organisationen bekommen selbst zusammengerechnet nicht einmal Ansatzweise so viel Zuschuss.</p>	<p>Vielen Dank für Ihr Interesse am städtischen Haushalt. Ihre Frage bezüglich PRO FAMILIA kann ich wie folgt beantworten: Der Förderung der PRO FAMILIA Beratungsstelle Sankt Augustin liegt ein Vertrag aus dem Jahr 2006 zu Grunde. Nach diesem Vertrag erhält PRO FAMILIA u.a. zur Durchführung von Sexualberatungen, Beratungen zur Familienplanung, Empfängnisregelungen, Beratungen bei Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikten seitens der Stadt Sankt Augustin eine maximale Förderung zur Deckung des jährlich ungedeckten Fehlbetrages der Beratungsstelle von bis zu 10.000 €. Diese Betriebskostenförderung erfolgt zudem nur, sofern die Gesamtfinanzierung gesichert ist. Eine finanzielle Förderung der Betriebskosten erfolgt zum überwiegenden Teil durch das Land und den Rhein-Sieg-Kreis. Zum Umfang der Inanspruchnahme erfolgt der Hinweis, dass in den letzten Jahr jeweils in über 550 Fällen Beratungen erfolgten.</p>
--	---

Eine Beratung zu diesen Punkten war nicht erforderlich.

<p>Sehr geehrter Herr Rupp, ich schlage vor, auf der Homepage eine "Wunschliste" der Stadtverwaltung aufzunehmen, mit Wünschen bis zu ca. 20.000 EUR. z.B. Elektroauto (Preis: 20.000 EUR). Es werden Spender gesucht, die dieses Auto (oder die anderen Sachen) finanzieren. Entweder einen Aufkleber auf das (Fahrzeug) kleben, auf dem steht gesponsert durch: Liste zu finden unter www.sankt-augustin.de. Im Internet kann dann nachgelesen werden, wer wieviel gezahlt hat (alternativ auch nur mit Namen). Da es sich um einen wichtigen Gegenstand handelt, werden die Folgekosten durch den laufenden Haushalt finanziert, wie ansonsten (ursprünglich) auch der vollständige Gegenstand. Wenn es sich um ein richtiges AUTO handeln würde (ich habe ein Elektroauto mal von FIAT gesehen, der ständig in Reparatur war), werde ich mich bei Umsetzung meines (generellen) Vorschlages mit (zuerst) 50,00 EUR beteiligen. Die Spenden können z.B. durch Privatleute, Firmen oder Banken erfolgen. Eine Liste im Internet hätte den Vorteil, dass sie ständig (ohne großen Aufwand) ergänzt werden kann.</p>	
---	--

Herr Metz schlug vor, die weitere Beratung dieser Angelegenheit in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. Frau Jung, Frau Feld-Wielpütz ergänzten, zunächst weitere Ideen bei den Bürgern abzurufen, welche Art von Anschaffungen erfolgen könnte. Nach weiterer kurzer Diskussion bestand Einvernehmen zu prüfen, ob und wie die vorgeschlagene Möglichkeit

im Zuge der Neugestaltung des städtischen Internetauftrittes eingebunden werden kann. Der Bürgermeister schlug ergänzend vor, dass mit Hilfe der Fraktionen bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine städtische Wunschliste für in Frage kommende Anschaffungen erstellt werden sollte. Hierzu würden die Fraktionen nochmals schriftlich informiert. Herr Radke sprach sich dafür aus, dass hierbei auch der aktuelle Stand und Möglichkeiten zum Thema Bürgerstiftung Berücksichtigung finden sollten.

<p>Sehr geehrte Damen und Herren, aus meiner Sicht besteht eine überflüssige Ampelanlage: die Kreuzung Alte Heerstraße und Berliner Straße/Waldstraße ist gut einsehbar und wesentlich weniger frequentiert als z.B. die Ausfahrt aus der Wiesenblumensiedlung zur Alten Heerstraße, die ohne Ampelanlage funktioniert. Die genannte Ampelanlage ist natürlich bequem für die Bewohner Berliner Straße etc., aber ich bin sicher, dass im Durchschnitt der Verkehrsdurchfluss effektiver wäre, aus und in allen Richtungen.</p>	<p>Der Vorschlag, auf die Signalanlage an der Alten Heerstraße /Berliner Straße /Waldstraße zu verzichten, kann seitens der Verwaltung ich nicht befürwortet werden. Die Signalanlage ist Teil der Sicherung des im städtischen Schulwegplans festgeschriebenen Schulweges vom Niederberg zur Gemeinschaftsgrundschule Sankt Augustin Ort. Die Anlage ist aufgrund der hohen Verkehrsbelastung zur Überquerung der Alten Heerstraße erforderlich. Zum Thema Kosteneinsparung sei darauf verwiesen, dass die Anlage bereits mit der stromsparenden LED-Technik ausgerüstet ist.</p>
---	--

Nach kurzer Beratung bestand Einvernehmen, die Thematik (Umrüsten, Ausschalten, Abbauen von Ampelanlagen) insgesamt zu prüfen und mittelfristig im Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss zu beraten.

<p>Sparmaßnahmen: einfrieren der Städtepartnerschaften, keine Kunstobjekte anschaffen, die Bahn in (nicht unter) die Erde an der Kreuzung Arnold-Janssen-Straße</p>	<p>Die Förderung der 3 Städtepartnerschaften der Stadt Sankt Augustin ist seit vielen Jahren in einem engen Finanzrahmen begrenzt und in der Höhe durch den Rat seinerzeit so beschlossen worden. Im Vergleich zu anderen Kommunen der Größenordnung unterhält die Stadt nur wenige Städtepartnerschaften - auch im Hinblick auf die finanzielle Situation. Ein Einfrieren der Fördermittel - wie vorgeschlagen - hätte entsprechende negative Auswirkungen auf die Beziehungen. Für die Beschaffung von Kunstobjekten und für eine Tieferlegung der Linie 66 im Bereich der Arnold-Janssen-Str. sieht der Haushaltsplanentwurf keine Mittel vor.</p>
---	---

Der Rat sprach sich gegen die Sparmaßnahmen für den Bereich der Städtepartnerschaften und Kunstobjekte aus. Für diesen Zweck stünden im Haushalt ohnehin nur begrenzte Mittel zu Verfügung, die nicht weiter gekürzt werden könnten.
Eine Tieferlegung der Stadtbahn sei aus finanziellen Gründen nicht möglich.

<p>Die 14-tägige Straßenreinigung ist eine Farce. Entweder liegt Schnee und die Reinigung fällt aus oder die Straßen sind zugesperrt, so dass vor dem Grundstück gar nicht gekehrt werden kann. Fazit: Straßenreinigung einstellen und in der Folge die Gebühren streichen, Personal anderweitig einsetzen (z.B. zur Straßenausbesserung) und Reinigungsgeräte verkaufen.</p>	
---	--

Es bestand Einvernehmen, die Erfahrungen der Stadt Troisdorf abzufragen, die die Straßenreinigung in weiten Teilen auf die Bürger übertragen haben. Der Bürgermeister sagte zu, den Fraktionen einen entsprechenden Bericht zuzuleiten.

<p>Straßenreinigung den Anliegern übertragen, da die städt. Reinigung nicht zu den Terminen erfolgt, die eine Entlastung der Bürger bringt. Einsparung von Treibstoff, Maschinen und Personal. Weiterhin sollte in Buisdorf eine DB-Haltestelle für den S12 eingerichtet werden, um weitere Fahrgäste von Sankt Augustiner Straßen auf die Schiene zu locken. Eine gute Haltestelle würde sich anbieten, zu der ich Ihnen gute Hinweise geben könnte. Herzliche Grüße sendet</p>	<p>Die Einrichtung eines S-Bahn-Haltepunktes in Buisdorf wurde in einem von der DB Regionalbahn Rheinland AG und dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg beauftragten Gutachten im Jahr 2000 geprüft. Auf der Grundlage der prognostizierten Bevölkerungs- und Arbeitsplatzdaten wurde ein Fahrgastaufkommen von 160 Ein- und Aussteigern pro Werktag ermittelt. Nötig für einen wirtschaftlichen Betrieb sind als Untergrenze 1000 Ein- und Aussteiger. Deshalb riet der Gutachter dringend davor ab, einen Haltepunkt einzurichten. Das Untersuchungsergebnis wurde in der Sitzung des städtischen Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.08.2000 der Politik vorgelegt(Drucksache 00/322). Da bei einem unwirtschaftlichen Betrieb des Haltepunktes alle Defizite von der Stadt zu tragen gewesen wären, wurde die Anlage eines Haltepunktes nicht in Auftrag gegeben.</p>
--	---

Wegen des Vorschlages zur Straßenreinigung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.

Die vorgeschlagene zusätzliche Haltestelle der S 12 in Buisdorf wurde als sinnvoll erachtet. Der Bürgermeister sagte zu, diesbezüglich Kontakt mit der Deutschen Bahn aufzunehmen.

<p>Ab 21:00 bis 06:00 Uhr könnte man in sämtlichen Nebenstraßen der Stadt die Ampelanlagen ausschalten; bis auf den unmittelbaren Bereich der Kreuzungen/Einmündungen auf die B 56 m.E. überflüssig .</p>	
<p>Sehr geehrte Frau Luhmer, ich schlage vor, folgende Ampelanlagen auszuschalten bzw. ganz abzubauen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Alte Heerstraße Kreuzung Berliner Straße 2. Hauptstraße Kreuzung Buschberg (Buisdorf vor der DB Unterführung) <p>Nach meiner Meinung ist das Verkehrsaufkommen an beiden Kreuzungen so gering und die jeweilige Einsichtnahme so gut, dass Ampelanlagen als nicht gerechtfertigt erscheinen.</p>	<p>zu Ziff. 1) wir auf die Ausführungen zu lfd. Nr. 4 verwiesen.</p> <p>zu Ziff. 2) Bei einem täglichen Verkehrsaufkommen von rd. 17.000 Fahrzeugen ist eine Abschaltung der Ampelanlage an diesem Kreuzungsbereich aus Verkehrssicherungsgründen nicht angezeigt.</p>

Es wird auf die vorstehenden Ausführungen zu dieser Thematik verwiesen.

<p>Meine Vorschläge:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Hundestreife in den Grünanlagen, hält die Grünanlagen sauber und bringt Geld ein 2) Zusammenlegung der Stadtbücherei mit der Hochschul- und Kreisbibliothek 3) evtl. Sparmaßnahmen bei Stadtbrandmeisterauto (günstigere Marke) 4) Anwerbung von Gewerbe (Konzernzentrale) 5) In der Nacht nur die wichtigen Ampeln anlassen, die anderen ausschalten. 6) Auf großen Straßen wie der B56 und der Hauptstraße/Ecke Alte Heerstraße Starenkästen, da hier meist gerast wird 	<p>zu Ziff. 1) Streifengänge werden bereits durchgeführt, das Verwarnungsaufkommen ist jedoch geringer als die Aufwendungen für die Streifengänge.</p> <p>Zu Ziff. 2) Hierzu wird auf die Ausführungen in der Sitzung des HA/FA vom 02.02.2011 verwiesen.</p> <p>zu Ziff. 3) Das Auto wurde in Kooperation mit einem Energieversorger beschafft, mit Erdgas günstig betrieben und ist steuerbefreit.</p> <p>zu Ziff. 4) Diese Aufgabe wird von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft bereits wahrgenommen.</p> <p>zu Ziff. 5) Es wird auf die Anlage 2 verwiesen.</p> <p>zu Ziff. 6) Die Stadt ist nicht berechtigt Geschwindigkeitskontrollen mit Bußgeldbewehrung durchzuführen (§ 48 OBG).</p>
--	--

<p>7) evtl. ein Tourismuskonzept und sich auf Messen (zusammen mit dem Rhein-Sieg-Kreis) präsentieren</p> <p>8) Umzug Bürgerservice ins Rathaus, Immobilie vermieten. Evtl. Vermietung von nicht gebrauchten Räumlichkeiten bei Nachbarschaftshäusern und Jugendzentren.</p>	<p>zu Ziff. 7) Der Rhein-Sieg-Kreis nimmt in seiner Eigenschaft als Gesellschafter der Tourismus & Congress GmbH Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler auch die Interessen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden wahr. So ist auch die Stadt Sankt Augustin in die Projekte und Maßnahmen in der Region eingebunden. Informationen unter www.bonn-region.de, www.rhein-sieg-kreis.de und www.sankt-augustin.de. Die Außendarstellung der Region auf Messen etc. nimmt ebenfalls die Tourismus & Congress GmbH wahr.</p> <p>zu Ziff. 8) Die Räumlichkeiten des Bürgerservice sind angemietet. Im Rathaus sind zudem keine Raumkapazitäten vorhanden. Für die Bürgerhäuser und die Jugendeinrichtungen sind spezielle Nutzungskonzepte und für die Bürgerhäuser in Buisdorf und Hangelar auch privatrechtliche Betreiberverträge abgeschlossen. Freie Kapazitäten in den Bürgerhäusern werden dringend für Einrichtungen für Senioren, Bildung/VHS benötigt. Unter Berücksichtigung der Dauernutzungen ist eine weitere Vermietung nur sehr schwer zu realisieren.</p>
--	---

Zur Thematik der Ampelanlagen wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.

Vor dem Hintergrund der bereits von der Verwaltung erteilten Antworten erfolgten keine weiteren Wortmeldungen.

<p>Sehr geehrter Herr Rupp, meine Anregungen zum Haushalt 2011 sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einrichten eines „Blitzers“ an der Kölnstrasse in Hangelar (weil hier niemand die 20 km/h einhält) und auch sonst im Stadtgebiet 2. Nicht Fortfahren mit der Aktion „Radwege mit perfekter Teerschicht versehen“ (wie z.B. von der B 56 nach Süden parallel zur Berliner Strasse). Sollten hierfür besondere Töpfe z.B. von der EU bereit stehen, sollten die sinnvoller oder ggf. gar nicht ausgegeben werden. Schließlich zahlt alles der Steuerzahler. 3. Ausdünnen der Buslinie 516. <p>Im Nachgang zu meiner mail von gestern möchte ich Sie noch auf die Gemeinde Rednitzhembach hinweisen, die völlig schuldenfrei ist und trotzdem investiert (z.B. keine Schlaglöcher). Kommunalpolitiker pilgern in großer Zahl dorthin, um zu lernen. Ich sah den Bürgermeister gestern im SWR bei „Menschen der Woche“. Den entsprechenden link schicke ich Ihnen hiermit: http://www.swr.de/menschen-der-woche/-/id=122626/1j8kv4c/index.html</p>	<p>zu Ziff. 1.: Die Stadt ist nicht berechtigt den fließenden Verkehr zu überwachen. Im Kreisgebiet werden Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen nach Maßgabe der Straßenverkehrsbehörde und des Kreispolizei aufgestellt.</p> <p>zu Ziff. 2.: In der Herstellung sind Radwege in Schwarzdecke im Vergleich zu denen mit wassergebundener Decke etwas teurer. Demgegenüber ist der Unterhaltungsaufwand wassergebundener Decken deutlich höher. Im Übrigen wird auf die Anlage 3 verwiesen.</p> <p>zu Ziff. 3.: Die Rahmenvorgaben für den Busverkehr werden nicht von der Stadt entschieden. Zuständig ist der Rhein-Sieg-Kreis, als Träger des Nahverkehrsplans.</p>
---	--

Hinsichtlich der Geschwindigkeitsüberwachung regte Herr Metz an, nicht nur für den Bereich der

Kölnstraße mit der Kreispolizeibehörde Kontakt aufzunehmen. Bezüglich der Buslinie 516 erkannte er Verbesserungsbedarf; ein Prüfauftrag an die Verwaltung sei bereits im Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss erteilt worden. Zur Geschwindigkeitsüberwachung ergänzte Herr Züll, dass auch eine Prüfung erfolgen könne, ob mit kleinen baulichen Maßnahmen Einfluss genommen werden könne.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 25 Minuten trugen die Vorsitzenden der Fraktionen von

CDU, Herr Schell
SPD, Herr Knülle
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Metz
FDP, Frau Jung
AUFBRUCH!, Herr Köhler

ihre Haushaltsreden vor. Diese sind der Niederschrift als Anlage beigefügt. Die Haushaltsrede der SPD wurde nicht zur Verfügung gestellt.

Hiernach fasste der Rat folgenden Beschluss.